

The Changing Space for Civil Society: ein Symposium in Berlin am 17. Oktober 2017

Hummel, Siri; Kreutzer, Philipp

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hummel, S., & Kreutzer, P. (2017). *The Changing Space for Civil Society: ein Symposium in Berlin am 17. Oktober 2017*. (Europa Bottom-Up, 20). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-55079-0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

EUROPA BOTTOM-UP

ARBEITSPAPIERE ZUR EUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT / EUROPEAN CIVIL SOCIETY WORKING PAPERS

SIRI HUMMEL
PHILIPP KREUTZER

THE CHANGING SPACE FOR CIVIL SOCIETY

EIN SYMPOSIUM IN BERLIN AM 17. OKTOBER 2017

A SYMPOSIUM IN BERLIN ON 17TH OCTOBER, 2017

EUROPA BOTTOM-UP NR.20

MÜNCHEN/BERLIN: MAECENATA STIFTUNG 2017

Die Autoren **Siri Hummel** Promotionsstudentin (Politikwissenschaft) an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald

Philipp Kreutzer Masterstudent (Sozialwissenschaften) an der Humboldt-Universität zu Berlin

Europa Bottom-Up Europa Bottom-Up ist eine elektronische Schriftenreihe, die von der Maecenata Stiftung im Rahmen ihres Europa-Programms herausgegeben wird. Sie enthält sowohl Berichte über Aktivitäten aus diesem Programmbereich als auch relevante Arbeitspapiere von Stiftungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie von externen Expertinnen und Experten.

Alle Ausgaben dieser Reihe finden Sie zum kostenlosen Download unter: www.ebu.maecenata.eu

Herausgeber Maecenata Stiftung, Adalbertstraße 108, D-80798 München
Hauptstadtbüro: Rungestraße 17, D-10179 Berlin
Tel.: +49 30-28 38 79 09
Fax: +49 30-28 38 79 10

E-Mail: mst@maecenata.eu
Website: www.maecenata.eu

ISSN (Web): 2197-6821
URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-55079-0

Redaktion Fides Sachs

Urheberrecht



© Maecenata Stiftung. Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt durch eine [Creative Commons 3.0 Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/).

Haftungsausschluss

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt der Herausgeber keine Haftung für Inhalte und externe Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Für textliche Urheberrechtsfragen ist die Autorin bzw. der Autor verantwortlich.

EUROPA BOTTOM-UP
NR. 20/2017

ARBEITSPAPIERE ZUR EUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT
EUROPEAN CIVIL SOCIETY WORKING PAPERS

SIRI HUMMEL, PHILIPP KREUTZER

THE CHANGING SPACE FOR CIVIL SOCIETY

Ein Symposium in Berlin am 17. Oktober 2017
A Symposium in Berlin on 17th October, 2017

Inhalt

Einführung	7
Mikroebene: Bürgerschaftliches Engagement	13
Mesoebene: Religionsgemeinschaften	18
Makroebene: Nationalstaaten	23
Abschluss und Ausblick	29
Introduction	31
Micro Level: Civic Engagement	36
Meso Level: Religious Communities	40
Macro Level: Nation States	44
Conclusion and Outlook	49
Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren / Speakers and Moderators	51
Programm / Programme	53

Vorbemerkung

Das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin, konnte in diesem Herbst seinen 20. Geburtstag begehen. Aus diesem Anlass veranstaltete die Maecenata Stiftung, die Trägerorganisation des Instituts, am 17. Oktober 2017 ein Symposium. Das bearbeitete Thema war für die Stiftung nicht neu. Bereits im vergangenen Jahr fand zu diesem Thema eine Tagung im Rahmen von ‚Breslau – Kulturhauptstadt Europas 2016‘ statt, die von der Stiftung im Rahmen ihres Programms Europa Bottom-Up gemeinsam mit Partnern organisiert wurde. Die Ergebnisse sind unter dem Titel ‚A Shrinking Space for Civil Society?‘ veröffentlicht.¹ Im ersten Halbjahr 2017 wurde das Thema im Tocqueville Forum der Maecenata Stiftung weiter bearbeitet. Ergebnisse wurden auf der Konferenz des International Committee on Fundraising Organizations im Juni 2017 in Berlin vorgestellt und unter dem Titel ‚The Space for Civil Society: Shrinking? Growing? Changing?‘ veröffentlicht.² Der hier vorgelegte Band enthält den Bericht über das Symposium vom 17. Oktober 2017. Einzelne auf dem Symposium vorgetragene Referate werden online auf dem Portal für Politikwissenschaft (www.pw-portal.de) veröffentlicht.

Die Stiftung nutzt gern die Gelegenheit, um sich bei allen Referentinnen und Referenten, Moderatoren und Moderatorinnen und anderen Mitwirkenden herzlich zu bedanken. Wir danken insbesondere dem Förderverein Zivilgesellschaftsforschung e.V. für seine finanzielle Unterstützung.

¹ Anna Domaradzka, Nino Kavelashvili, Eszter Markus, Philipp Sälhoff, Maria Skóra: A Shrinking Space for Civil Society? Berlin: Maecenata 2016 (Europa Bottom-Up 15), http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/49241/2016_EBU_15_mit_urn.pdf?sequence=3

² Mareike Alscher, Eckhard Priller, Susanne Ratka, Rupert Graf Strachwitz: The Space for Civil Society: Shrinking? Growing? Changing? Berlin: Maecenata 2017 (Opusculum 104), http://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/54028/ssoar-2017-The_Space_for_Civil_Society.pdf?sequence=3

N.B.

The Maecenata Institute for Philanthropy and Civil Society had its 20th anniversary in the autumn of 2017. To mark this occasion, the Maecenata Foundation, the legal body to which the Institute belongs, conducted a symposium in Berlin on 17th October, 2017. The subject chosen was not new to the foundation. In 2016, a conference was organized in the context of ‘Wroclaw – Cultural Capital of Europe 2016’ and within the framework of the foundation’s Europe Bottom-Up programme, together with several partners. The proceedings were published as ‘A Shrinking Space for Civil Society?’.¹ During the first half of this year, discussions were continued within the foundation’s Tocqueville Forum. Results were presented to the International Committee on Fundraising Organizations conference in Berlin in June, 2017, and published as ‘The Space for Civil Society: Shrinking? Growing? Changing?’.² This volume contains the report on the symposium held on 17th October, 2017. A selection of presentations at this symposium will be published online at Portal für Politikwissenschaft (www.pw-portal.de).

The foundation seizes this opportunity to thank all speakers, moderators and other participants. We are especially grateful to Förderverein Zivilgesellschaftsforschung e.V. for their financial support.

Einführung

Anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Maecenata Instituts für Philanthropie fand am 17. Oktober 2017 das Symposium *The Changing Space für Civil Society* in Berlin statt. Das Maecenata Institut hatte rund 110 Teilnehmende zu einer interdisziplinären Bestandsaufnahme der Zivilgesellschaftsforschung und der Klärung der Frage eingeladen, inwieweit sich der Handlungsraum der Zivilgesellschaft in den letzten 20 Jahren verändert habe. Im Zentrum standen auf der einen Seite die theoretische Auseinandersetzung rund um die Verwendung und den Inhalt des Begriffes Zivilgesellschaft, auf der anderen Seite aktuelle Herausforderungen wie der vermehrte Zuzug Geflüchteter nach Europa oder die zunehmenden Einschränkungen zivilgesellschaftlichen Engagements durch autoritäre Machtstrukturen.

Das Symposium gliederte sich neben einem einführenden Problemaufriss in drei thematische Panels und eine resümierende Abschlussdiskussion. Die Panels wurden jeweils mit einführenden Inputs und einer längeren Diskussionsrunde organisiert.

Zum Auftakt der Veranstaltung ging Rupert Graf Strachwitz mit einem kleinen Rückblick auf die zwanzigjährige Institutsgeschichte und die Motive seiner Gründung ein. Ausschlaggebend seien für ihn damals, neben einer bis dato ausstehenden Kartographie des deutschen Stiftungssektors, vor allem die fehlenden Kenntnisse zu Strukturen, Konzepten und theoretischen Grundlagen des Phänomens Zivilgesellschaft gewesen. Forschungsschwerpunkte des Instituts waren von Beginn an ein vergleichender Blick auf die internationale Dritter-Sektor-Forschung, das Stiftungswesen als Teil der Zivilgesellschaft sowie die Auslotung des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft. Im Laufe der Zeit seien weitere hinzugekommen, es wurden religiöse und interkulturelle Forschungsprojekte angestoßen, sowie Themen der verschiedenen Handlungs- oder Bereichslogiken der Zivilgesellschaft bearbeitet. Neben den theoretischen Projekten habe man im Institut aber auch immer den Praxisbezug beibehalten und so beispielsweise die politisch-rechtliche Rahmengestaltung in der Enquete-Kom-

mission begleitet. Im Laufe seiner Geschichte habe das Institut die institutionelle Anbindung an die universitäre Landschaft gesucht, getestet und wieder verworfen.

Das Maecenata Institut sei in dem Bestreben gegründet worden und noch immer zu verstehen als ein Instrument zur Aufdeckung und Bearbeitung von Forschungsbedarfen in dem für eine Gesellschaft so substantiellen Feld wie dem der Zivilgesellschaft. An aktuellen Entwicklungen besonders virulent treibe die deutsche wie internationale Zivilgesellschaft momentan unter anderem die Integration der vielen geflüchteten Menschen um, aber auch die bedenklichen Entwicklungen populistischer Bewegungen, die die Schattenseite der Zivilgesellschaft bloßzulegen in der Lage sei. In Hinblick auf die kritischen Stimmen, die einem ‚shrinking space of civil society‘ das Wort redeten, habe man in Vorbereitung auf das Symposium den weniger pessimistischen Titel des ‚changing spaces of civil society‘ gewählt, da zwar unbestreitbar ein Wandel im Gange sei, eine Bewertung jedoch noch ausstehe.

Als nächster im Panel stellte Jürgen Kocka die Frage, inwiefern die *Zivilgesellschaft im Aufwind* sei. In Übereinstimmung mit Strachwitz‘ Einschätzung einer sich mehr wandelnden denn schrumpfenden Zivilgesellschaft bestätigte Kocka, zumindest für Deutschland, eine recht gute Ausgangslage. Gemäß den aktuellen Surveys seien mehr Menschen denn je engagiert; mittlerweile gehört rund jede zweite Bürgerin mindestens einem Verein an und es gäbe in etwa so viele Anträge auf Neugründung wie auf Löschung im Vereinsregister. Obwohl informelle Engagementformen schwer zu quantifizieren seien, sei auch hier von einem Zuwachs auszugehen. Alles in allem verfüge die Zivilgesellschaft in Deutschland über eine eindrucksvolle Kraft und auch das Potenzial des Digitalen Wandels sehe er vorsichtig positiv im Hinblick auf den weiteren Ausbau bürgerschaftlichen Engagements. Gleichwohl seien in der Verteilung des Engagements große Unterschiede zu verzeichnen, die entlang bestimmter sozialer Demarkationslinien verliefen: So sei ein starkes Stadt-Land-Gefälle ebenso zu beobachten wie die Ungleichverteilung von Engagement zwischen den ärmeren und reicheren Bevölkerungsschichten, sowie jüngeren und älteren Menschen.

Die in der Forschung übliche Abgrenzungsbestimmung von Zivilgesellschaft zu Staat, Wirtschaft und Familie, so Kocka weiter, sei im Interesse weiterer Erkenntnisgewinne zu hinterfragen. Wiewohl diese einzelnen Systeme in ihren jeweiligen Logiken von Rechtsförmigkeit, Rentabilität sowie verwandtschaftlicher Zugehörigkeit zu den zivilgesellschaftlichen Merkmalen eines selbstorganisierten, unentgeltlichen und assoziativen Wesens kontrastierten, seien doch oft Schnittstellen, Orte der Brückenbildung und Graubereiche zu erkennen. Um deren Erklärung willen müsse man die strikte Trennung überdenken. So teilten Zivilgesellschaft und Kapitalismus beispielsweise ihre dezentrale Grundstruktur. Die lange Tradition der Schenkungen privatwirtschaftlicher Akteure habe die Zivilgesellschaft überhaupt erst in die Lage versetzt, die nötige Schlagkraft entwickeln zu können, um sich gegen einen allzu mächtigen Staat zu behaupten. Die Verschränkung beider Sektoren zeige sich auch dadurch, dass gerade lokales, soziales Engagement oft erst zu unternehmerischem Erfolg und der moralischen Einbettung des Mittelstandes geführt habe. Es stelle sich deshalb auch die Frage, was die Zivilgesellschaft motivational zur Einhegung der im schumpeterischen Sinne zerstörerischen Kraft des Kapitalismus mitbeitragen könne.

Auch zwischen Staat und Zivilgesellschaft könne man die Trennlinie in Deutschland nicht allzu scharf ziehen. Die Zivilgesellschaft sei zum einen durch Organisationen wie die Wohlfahrtsverbände, aber auch durch die vielen einzelnen Initiativen im Bildungs- oder Sozialbereich seit langem ein stützender Bestandteil des Sozialstaates. Zudem erbringe sie eine erhebliche Integrationsleistung in den Arbeitsmarkt, beispielsweise für Flüchtlinge oder Menschen mit Einschränkungen. Zum anderen sei eine zunehmende Politisierung der Zivilgesellschaft unübersehbar, beispielsweise in Hinblick auf den Gestaltungsanspruch durch Akteurinnen und Akteure der organisierten Zivilgesellschaft wie der Bertelsmann Stiftung etwa in der politischer Willensbildung und Interessenvertretung, oder durch die vielen partizipativen Initiativen, in denen die Krise der repräsentativen Demokratie einen praktischen Ausdruck finde. Die öffentliche Sichtbarkeit, die die Zivilgesellschaft in Rahmen des Zuzugs von Geflüchteten erhalten habe, habe einen großen politischen Druck kanalisieren können, ohne den die Flüchtlingspolitik in ihrer Ausgestaltung wohl wesentlich zurückhaltender ausgefallen wäre.

Kocka schloss mit der (selbstkritischen) Frage, wieviel theoretische Tragkraft der Begriff der Zivilgesellschaft nach der von ihm geforderten Weichzeichnung noch bergen könne, da er definitorisch nun mal von der Abgrenzung gegenüber den anderen Gesellschaftssystemen lebe. Realiter, so sein Fazit, sei die Trennlinie jedoch längst überholt.

Im letzten Input in diesem Panel lenkte Ulla Pape die Sicht auf die *Entwicklung der Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich*. Ausgehend von der Frage, welche hemmenden und stärkenden Faktoren in diesem Zusammenhang zu benennen seien, bilanzierte Pape anhand dreier Schwerpunkte wesentliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Zivilgesellschaften. In ihrer Untersuchung habe sie zunächst mit Kolleginnen und Kollegen den sozialen Anpassungsdruck und die Gegenbewegung der Zivilgesellschaft in fünf verschiedenen Ländern (Deutschland, Spanien, Polen, Ungarn, Russland) analysiert. Die Untersuchung habe, trotz steigendem wirtschaftlichen und staatlichen Regulierungsdruck im Zuge der Finanzkrise überraschenderweise eine recht hohe Resilienz der untersuchten Zivilgesellschaft zu Tage gefördert und nicht den befürchteten Zusammenbruch. Dennoch seien die einzelnen Organisationen und Akteure auch durch den steigenden Konkurrenzdruck untereinander, gezwungen gewesen, mehr ‚Marketing‘ zu betreiben. In der Folge seien die Organisationen größer und professionalisierter geworden, es hätten sich jedoch auch stärker Netzwerke und informellere Bewegungen etabliert, die die große Anpassungsfähigkeit der Zivilgesellschaft zeige.

Der zweite Aspekt, die Frage nach der Gemeinwohlorientierung oder die Vielfalt von Einzelinteressen in den untersuchten Zivilgesellschaften, habe gezeigt, dass ein kollektives Bewusstsein innerhalb der Zivilgesellschaft noch nicht ausreichend vorhanden sei. So gebe es beispielsweise zwischen größeren, international agierenden NGOs und lokalen Sportvereinen kaum gemeinsame Zugehörigkeitsgefühle. Dieser Mangel an Gemeinschaftsbewusstsein könne zu Verdrängungsprozessen klassischer zivilgesellschaftlicher Organisationen, beispielsweise des Vereinswesens, durch neue Formen wie dem sozialen Unternehmertum führen.

Der dritte Punkt, das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft, sei insbesondere im internationalen Kontext, etwa mit Blick auf Ungarn und Russland, eng verwoben mit der Krise der Demokratie. Das Abrutschen dieser Staaten in teile autoritäre Regimestrukturen habe massive Auswirkungen auf die Zivilgesellschaften dort. Am Beispiel Russland könne man beobachten, dass dort von staatlicher Seite eine Zweiteilung der Zivilgesellschaft gefördert wird. Die Regierung unterstütze Teile der Zivilgesellschaft nach wie vor, und man könne nicht grundsätzlich von einer Marginalisierung ihrer Akteure sprechen. Organisationen jedoch, die entweder durch ihre Themensetzung oder die Förderung durch ausländische Unterstützer von der Regierung als staatsgefährdend wahrgenommen werden, würden drangsaliert und verfolgt. So würden Umwelt- oder Menschenrechtsorganisationen oft angefeindet und Initiativen, die sich beispielsweise dem Kampf gegen HIV verschrieben hätten, obwohl sie eigentlich im Sozialbereich aktiv sind als gefährdend und regierungsfeindlich betrachtet.

In der sich anschließenden Diskussion warf Moderator Wilhelm Krull, in Bezug auf die eingangs von Kocka und Strachwitz aufgestellte Abgrenzungproblematik, nochmals die Frage nach dem normativen und definitorischen Kern von Zivilgesellschaft auf. Im Sinne einer erhöhten Permeabilität und gegen eine allzu scharfe Abgrenzung der gesellschaftlichen Teilbereiche, ohne jedoch die jeweiligen systemischen Logiken in Abrede stellen zu wollen, böte sich der Arenabegriff an, so Strachwitz, da er das Handeln ganz unterschiedlicher Akteure aus verschiedenen Systemen in einer Form von Öffentlichkeit verbildliche und miteinander in Beziehung setzen könne. Generell seien bei der Bestimmung von Zivilgesellschaft zwei Sichtweisen zu unterscheiden, die letztendlich auf eine beschreibende und eine normative Perspektive hinausliefen.

Angestoßen von Fragen aus dem Auditorium zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Zivilgesellschaft verwies Kocka sowohl auf das große Potenzial an Handlungsfreiheit, das sich hieraus ergäbe, als auch auf die potenziellen Risiken, wie etwa die Entstehung von Filterblasen in der Social Media Kommunikation und ihre Auswirkungen auf öffentliche Debatten. Eine abschließende Prognose, so waren sich alle Teilnehmenden des Panels einig, ließe sich jedoch noch nicht abgeben.

Auf die Frage, inwiefern ein Sportverein, wie Bayern München, sich der allgemeinen Zivilgesellschaft zugehörig fühlen müsse, beziehungsweise sollte und wie ein gemeinsames zivilgesellschaftliches Selbstverständnis vor diesem Hintergrund möglich sei, entgegnete Frau Pape, dass ein solches wohl nur im Zuge der Selbstzuschreibung zu erreichen wäre. So sei beispielsweise die *Initiative Transparente Zivilgesellschaft* eine Möglichkeit, durch welche sich die Akteure selbst einem verbindlichen zivilgesellschaftlichen Wertekanon verschreiben könnten.

Auf die Rückfrage inwiefern denn die politischen Parteien, die Gewerkschaften und die Kirchen als Akteure der Zivilgesellschaft verstanden werden könnten, entgegnete Strachwitz, das bei ersteren die Reflexion darüber noch nicht stattgefunden habe, von gewerkschaftlicher Seite eher Ablehnung kommuniziert werde und die Position innerhalb der Kirchen divergiere.

Mikroebene: Bürgerschaftliches Engagement

Im zweiten Panel standen aktuelle Debatten und zukünftige Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements im Fokus.

Elke Bojarra-Becker eröffnete mit einem Input zur Frage *Bürgerschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung: Ein Ding der (Un-)Möglichkeit?*. Aus eigener Erfahrung könne sie berichten, dass die Verknüpfung von Themen der Zivilgesellschaft mit Themen der Stadtentwicklung auf beiden Seiten zu Verwirrung führe und häufig auf Bürgerbeteiligungsverfahren verkürzt werde. Es gäbe zwar institutionalisierte Beteiligungsverfahren, welche seit dem 1999 ausgerufenen Programm der „Sozialen Stadt“ im Zuge hoheitlicher Stadtplanung zur stadtpolitischen Voraussetzung für Planungs- und Bauprozesse gemacht wurden. Diese Beteiligungsverfahren seien jedoch kein Ausdruck autonomen zivilgesellschaftlichen Handelns, so Bojarra-Becker; vielmehr verbirge sich dahinter eine top-down-Mentalität. Nichtsdestotrotz könnten abholende, partizipative Strukturen die demokratische Legitimität dieser Verfahren erhöhen, vor allem wenn arme und politisch unterrepräsentierte Quartiere einbezogen würden. Im besten Falle förderten sie eine Politisierung der Betroffenen, auf welche sich ein weiteres Engagement gründen könne. Eine zweite Facette stadtpolitischen Engagements sieht Bojarra-Becker in den Protestbewegungen, deren Existenz zum einen als Indikator für die Lebendigkeit einer Demokratie gesehen werden könne. Zum anderen tendierten sie jedoch dazu, ihre partikularen Interessen zu verallgemeinern und durch gute Vernetzung oder öffentlichkeitswirksames Auftreten den Diskurs zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Ein Aushandlungsprozess mit allen Beteiligten, beispielsweise auch mit den Verwaltungen vor Ort würde erschwert, da allenthalben verhärtete Fronten existierten. Aus dieser Erfahrung heraus plädierte Bojarra-Becker für mehr Verständnis der einzelnen beteiligten Gruppen füreinander. In diesem Zusammenhang sollte beispielsweise das Thema Zivilgesellschaft Gegenstand in der Ausbildung des Verwaltungspersonals werden. Auf Seiten der Zivilgesellschaft solle die Verwaltung als Partnerin und nicht als Gegenspielerin gesehen werden.

Daran anschließend hielt Christopher Gohl einen Input zum Thema *Werte als Treiber des bürgerschaftlichen Engagements*, indem er die Frage stellte, ob es

eine einheitliche Wertebasis zivilgesellschaftlichen Engagements gäbe. Im philosophischen Pragmatismus, so der Referent, dienen Werte als Vermittlungskonstruktion zwischen dem/der Einzelnen und der Gemeinschaft. Für die öffentliche Ordnung wünschenswerte Handlungen würden habitualisiert und verwandelt sich zu Werten. Bürgerschaftliches Engagement stelle in diesem Prozess sowohl eine Quelle der Wertbildung als auch ein Feld der Wertvermittlung dar.

Daran anschließend bezog sich der Referent auf die ideengeschichtlichen Formationen der Entstehung von Moralität und stellte Vertragstheorie und Tugendtheorie einander gegenüber. Ziel, so Gohl, solle es sein aus der Verknüpfung beider Denktraditionen einen qualitativen Freiheitsbegriff zu gewinnen.

Vertragstheorien zielten auf die Konstituierung stabiler Rechtsordnungen, die Freiheit, Eigentum oder Sicherheit der Vertragspartner – der Bürgerinnen und Bürger – schützten. Freiheit sei hier in erster Linie als die Freiheit von Zwang zu verstehen. In diesem Bereich gehe es um Legalität statt Moralität und um Rechte statt Pflichten. Diesem negativen Freiheitsverständnis setzte Gohl die republikanische Tugendtheorie mit ihrem positiven Freiheitsbegriff gegenüber. Diese gehe von einer politisch-moralischen Kompetenz des Bürgers aus, die sich aus seiner Vergemeinschaftung heraus ergebe.

Gohl zitierte das bekannte Diktum Ernst-Wolfgang Böckenfördes: „Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ Dieser Satz, so Gohl, sei Ausdruck eines negativen Freiheitsbegriffs. Tugendtheorie und Verfassungstheorie müssten jedoch miteinander versöhnt und der Liberalismus mit einem positiven Freiheitsbegriff aufgeladen werden. Dieser hieraus entstehende qualitative, sich selbst korrigierende Freiheitsbegriff, ermögliche eine moralische Einbettung der Gesellschaft und ihrer staatlichen Institutionen. Ziel sei die Etablierung einer Gesellschaft der Dialogfähigkeit, an deren Aushandlungsprozess alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben könnten. Aufgabe der Zivilgesellschaft sei in diesem Prozess sowohl die Bildung als auch die Weitergabe von Werten, weshalb eine Distanz der Zivilgesellschaft vom Verfassungsstaat unabdingbar sei.

Als dritter Redner steuerte Eckhard Priller einen Input zur Frage *Wie offen ist die Zivilgesellschaft? Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen für individuelles Handeln* bei. Er bearbeitete diese Frage anhand von fünf Thesen. Erstens, so Priller, befinde sich die Zivilgesellschaft in einem ständigen Prozess der Veränderung. Er wies auf die Wichtigkeit mehrjähriger Planungszyklen hin, da zivilgesellschaftliches Engagement ohne Visionen und Zukunftsorientierung auf Feuerwehreinsätze beschränkt bliebe. Zweitens beeinflusse der demographische Wandel das Engagement in unterschiedlicher Weise. Zu einer immer älter werdenden Gesellschaft kämen Landflucht und Urbanisierung hinzu. Diese Entwicklungen führten zu einer niedrigeren Engagement- und Organisationsdichte auf dem Land, wie dies bereits an den Nachwuchsproblemen von Feuerwehren und Rettungsdiensten zu sehen sei. Gleichzeitig würde der Bedarf an Beratungs- und Unterstützungsleistungen aber wachsen. Als dritten Punkt kam Priller auf Veränderungen im Sozialgefüge zu sprechen, welche sich auf die Teilhabechancen der Betroffenen auswirkten. Menschen, die sozioökonomisch benachteiligt seien, würden schlechter politisch repräsentiert und hätten niedrigere Engagementzahlen. Durch die Unterrepräsentation immer größer werdender gesellschaftlicher Gruppen entwickle die Zivilgesellschaft so ein Legitimationsdefizit. Viertens veränderten Digitalisierung und künstliche Intelligenz die Tätigkeiten und führten zu erhöhten Anforderungen an Engagierte. Parallel zum Wegfall von Jobs in der Marktwirtschaft werde der Bedarf nach Engagierten in der Zivilgesellschaft sinken. Gleichzeitig würden sich die Engagement-Inhalte der Zukunft professionalisieren. Hinzu komme ein steigendes Bedürfnis nach Gemeinschaft, welches zivilgesellschaftliche Gruppen befriedigen müssten. Der Aufstieg von AfD und Pegida könnten als Indiz dafür gesehen werden, dass dies gerade nicht geschafft würde. Fünftens, so Priller, veränderten Säkularisierung und die schwindende religiöse Zugehörigkeit den Engagement-Kontext. Es existiere ein enger Zusammenhang zwischen Religionszugehörigkeit und Engagementbindung. Auf die Frage, ob es folglich zu einem Rückgang des Engagements kommen wird oder ob Kompensationsprozesse einsetzen werden, wurde im folgenden Panel eingegangen.

Als letzter Referent dieses Panels stellte Rudolf Speth zwei unter seiner Leitung laufende Forschungsprojekte des Maecenata Instituts vor. In diesen werde zum

einen die Zusammenarbeit von Helfergruppen und Verwaltungen bei der Arbeit mit Geflüchteten und zum anderen das bürgerschaftliche Engagement von Geflüchteten untersucht. Die Ergebnisse diskutierte er anhand von fünf Thesen: Erstens, so Speth, liege der große Wert der Helfergruppen in der Beeinflussung des politischen Diskurses. An Orten, wo diese Gruppen eine gut sichtbare Präsenz hätten, würde die Diskurshoheit zugunsten einer positiven Haltung gegenüber der Flüchtlingsthematik gewonnen und die skeptischen Bevölkerungsteile in Schach gehalten. Zweitens beschrieben sich die Helfergruppen als (politisierte) Nachbarschaften und stellten weniger Partizipation, als vielmehr das Bedürfnis nach Gemeinschaft in den Mittelpunkt ihres Engagements. Über persönliche Beziehungen zu den Geflüchteten würde ein „sanfter“ Anpassungsdruck auf diese ausgeübt. Drittens passten sich die Helfergruppen dem Integrationsregime an, in dessen Zentrum der Arbeitsmarktzugang stehe. Helfergruppen arbeiten Speth zufolge in den meisten Fällen mit den Jobcentern oder örtlichen Verwaltungen eng zusammen. Ortsspezifika, wie die Beschäftigungssituation, seien jedoch zu beobachten. Dem Engagement von Geflüchteten würde viertens eine außerordentlich hohe Wichtigkeit im Zuge der Erlangung gesellschaftlicher Teilhabe-Möglichkeiten beschieden, da diese hierdurch selbstständig würden und auf andere Geflüchtete einwirken könnten. Als Hauptmotivation der Menschen habe sich zudem das Erlernen der Sprache und das Knüpfen von Kontakten erwiesen. Beide Punkte ließen sich am besten in formalisierten Engagement-Kontexten realisieren. Hierfür bedürfe es jedoch einer besser ausgebauten zivilgesellschaftlichen Infrastruktur. In der Zusammenarbeit mit der Verwaltung käme es fünftens vonseiten der Helfergruppen zu einem Anpassungsprozess. Widerständigkeit sei nur noch in vereinzelt Fällen – wie beispielsweise bei der Frage von Abschiebungen – vorzufinden. Ein Changieren zwischen Anpassung und Abgrenzung und zwischen zivilgesellschaftlichem Eigensinn und administrativer Akte sei zwar weiterhin zu beobachten, jedoch in abgemilderter Form.

In der sich anschließenden Diskussion hinterfragte Moderator Roland Roth die Prognosen von Priller, da die Zivilgesellschaft Roth zufolge häufig Gegenbewegungen zu gesellschaftlichen Großtrends zeige. Eine Erwiderung aus dem Publikum wies darüber hinaus darauf hin, dass trotz bereits fortgeschrittener

sozialer Polarisierung, Digitalisierung und demographischen Wandels in den letzten zwanzig Jahren das zivilgesellschaftliche Engagement in Deutschland stabil sei.

Aus dem Publikum wurde Speth die Frage gestellt, ob es in den von ihm untersuchten Orten Austausch über gemeinsame Belange gäbe. Dies sei nicht der Fall, so Speth. Die Thematisierung von Informationen bewege sich hauptsächlich auf der Ebene von Gerüchten. Aus dem Publikum wurde ferner darauf verwiesen, dass diese Haltung, in der es zuvorderst darum geht Gerüchte zu streuen und die andere Gruppe mundtot zu machen, als Beispiel für den Einzug politischer Handlungslogiken in den Bereich der Zivilgesellschaft gesehen werden könne. Roth ergänzte, dass auch andere Befunde zu der Frage existierten, ob und wenn ja, welche Prozesse der Aushandlung auf lokaler Ebene stattfänden. So gäbe es beispielsweise die verbreitete Praxis, dass Kommunen im Dialog mit der Bürgerinnenschaft an Leitbildern zum Thema Migration arbeiteten.

Mesoebene: Religionsgemeinschaften

Das dritte Panel mit dem Schwerpunktthema Religionsgemeinschaften und Zivilgesellschaft wurde wegen des am Maecenata Institut zurzeit laufenden Forschungsprojekts zu diesem Thema in den Blick genommen. Es wurde von Paul Dekker eröffnet, der in seinem Input die Frage aufwarf, ob *Religion als Grundlage des gesellschaftlichen Engagements* heutzutage noch eine Rolle spiele. Ausgehend von der Fragestellung, ob die Gemeinschaft oder vielmehr der Glaube ausschlaggebend für bürgerschaftliches Engagement innerhalb religiöser Gemeinschaften sei – Grundlage seiner Untersuchung waren in erster Linie christliche Kirchengemeinden in Holland – verwies Dekker zunächst auf ein Paradoxon. Demnach sei kein empirischer Zusammenhang zwischen Religiosität und Engagement nachweisbar, statistisch gesehen engagierten Kirchgänger sich jedoch, im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung, häufiger und aktiver in der freiwilligen Arbeit und dies auch außerhalb der Kirche. Bei genauerem Hinsehen sei dies jedoch erklärlich, denn die erhöhte Engagementbereitschaft sei eindeutig in den Assoziierungsvorgängen der Vergemeinschaftung zu suchen und weniger auf den Glauben zurückzuführen. Auf Individualebene entwickle sich innerhalb der Gemeinschaften oft ein gewisser sozialer Druck; die einzelnen Mitglieder würden häufiger aufgefordert sich zu engagieren oder täten dies aus gruppenspezifischen Motiven von selbst heraus häufiger als kirchlich nicht-assoziierte Menschen. Die Einbettung des Einzelnen in ein moralisches Netzwerk spiele hier also eine entscheidende Rolle. Hinzu käme, dass die Kirchen einen ‚gewissen Schlag‘ von Menschen anziehen, beziehungsweise diese den Kirchen trotz Säkularisierungstendenzen innerhalb der Gesamtgesellschaft weiterhin die Treue hielten. Diese zumeist wertkonservative Bevölkerungsschicht sei traditionell überproportional stark engagiert und sozial orientiert, was dann gewissermaßen zu einem Konzentrationsprozess von Engagementwilligen in den Kirchengemeinden führe, da diese in den Gemeinden verblieben, während die Zahl der Kirchgängerinnen und Kirchgänger allgemein weiterhin zurückginge. Auch auf gesellschaftlicher Ebene sei zu beobachten: Wenn es in einem Land mehr Religionsgemeinschaften gebe, gebe es auch insgesamt höhere En-

gagementzahlen. Dekker erklärt dies zum einem mit dem der Pluralität entspringenden Konkurrenzdruck, aber auch mit einer besser ausgebauten Infrastruktur, die den Menschen häufiger die Gelegenheit zum Engagement geben würde.

Bei der Frage nach dem Alleinstellungsmerkmal der Kirchen in Abgrenzung zu anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, beispielsweise Sportclubs, hob Dekker zwei Punkte hervor: Zum einen böten die Kirchen national flächendeckend die Gelegenheitsstrukturen zum Engagement; sie finanzierten die Gebäude, stellten Personal zur Verfügung und etablierten Netzwerke. Zum anderen böten sie aber auch die moralische Sprache, mittels derer sich Engagement artikulieren und vermitteln ließe. So sei ihm während der Untersuchung aufgefallen, dass ältere Menschen die Gründe für ihr Engagement oft in einer religiösen Gebrauchssprache darlegten, während jungen, säkularisierten Menschen diese Sprache oft fehle.

In Hinblick auf die weiter voranschreitende Säkularisierung und ihren Konsequenzen für die freiwillige Arbeit scheint sich neben den Konzentrationsprozessen auf wenige, aber dafür sehr aktive Mitglieder innerhalb der Kirche eine relativ stabile Kompensation des gesellschaftlichen Engagements durch das allgemein steigende Bildungsniveau abzuzeichnen, da sich Bessergebildete ebenfalls stärker engagierten. Die Folge dieser Verschiebung sei allerdings, dass sich Engagement individueller und weniger institutionalisiert gestalte. Deshalb würden, so Dekker, die Kirchen, zumindest in den Niederlanden, trotz dieser Substituierung als Organisator von freiwilliger Arbeit in absehbarer Zeit vermisst werden.

Im Anschluss daran folgte ein Input von Gesine Schwan, in dem sie *Chancen und Risiken religiös motivierten Bürgerinitiativen* abwog. Einleitend stellte sie dazu fest, dass ihrem Eindruck nach die Distanz – zumindest in der organisierten – Zivilgesellschaft zur Religion in den letzten Jahren abgenommen habe und viele Akteure deren positive und flächendeckende Wirkweisen für eine starke Zivilgesellschaft auch im globalen Zusammenhang zunehmend schätzten. Unter Bezug auf ihren Vorredner, der mit dem christlich-kirchlichen Fokus gesellschaftlichen Engagements die institutionelle Seite religiöser Gemeinschaften in

der Zivilgesellschaft hervorgehoben habe, fügte Schwan hinzu, dass dies in anderen Religionen, wie beispielsweise im Islam, in dem es keine Kirche im eigentlichen Sinne gebe, nur bedingt zutreffe.

Gleichwohl trügen alle Religionen, besonders die monotheistischen, sowohl große Chancen als auch große Risiken in sich. Dass etwa in den Kirchen ein großes Potenzial an humanitärer Stärke und Engagement schlummere, sei im Rückblick auf die Diktatur des Nationalsozialismus an den vielen Widerständigen und Helferinnen und Helfern aus dem kirchlichen Umfeld dokumentiert. Gleichwohl sei von der Geschichte der Kreuzzüge über die Hexenverbrennungen bis hin zu fundamentalistischem Terrorismus offensichtlich, wie verheerend sich die Kombination von Religion und Gewalt auswirken könne. Die Chancen, die religiös motivierte Bürgerinitiativen aktuell in den modernen Gesellschaften eröffnen könnten, seien deshalb nur dann gegeben, wenn dies im Selbstverständnis einer pluralistischen Welt stattfände. Ein offener, toleranter und sich auf die Welt einlassender Katholizismus beispielsweise berge ein großes Potential für die Zivilgesellschaft und zwar sowohl hinsichtlich karikativer Sorge als auch im Bereich der Verteidigung der Menschenrechte. So hätten die Kirche und die Stellungnahmen ihrer Bischöfe in der Geflüchteten-debatte wichtige Signale gegen Hetze und Rassismus gesetzt. Die Zivilgesellschaft, die in Schwans Verständnis *per se* zunächst weder gut noch böse sei, sei angewiesen auf normative Leitbilder. Religion trage in ihrer Transzendenz eine moralisch ethische Kraft in sich, die als ein solches dienen könne. Solange die monotheistischen Religionen nicht in eine dogmatische und intolerante Anspruchshaltung zurückverfielen, könnten die religiös motivierten Bürgerinitiativen eine demokratiestärkende Funktion für die Zivilgesellschaft erfüllen.

Mit Blick auf die religiösen Gemeinschaften des Islams erläuterte Sarah Albrecht im abschließenden Input des Panels zum Thema *Stiftungsgründung: Eine Chance für die muslimische Zivilgesellschaft in Deutschland?* zunächst, dass das Thema Religion mit allen seinen zivilgesellschaftlich relevanten Facetten seit langem fester Bestandteil des Forschungsinteresses des Instituts sei. So habe man beispielsweise 2002 mit einer politikwissenschaftlichen Konferenz

zum Schwerpunkt *Kirche zwischen Staat und Zivilgesellschaft* erste Meilensteine zu dem Thema gelegt und das zu einem Zeitpunkt als dieses im deutschsprachigen Raum noch keinen nennenswerten Eingang in die Forschungslandschaft gefunden hatte. Den Beitrag, den das Institut im Laufe der Zeit zur theoretischen Debatte, in jüngster Zeit vor allem auch in Hinblick auf muslimischen Philanthropie, geleistet habe, würde aktuell in dem dreijährigen Forschungsprojekt *Religious Communities in European Civil Society* weitergeführt.

Neben ihrer Arbeit in der theoretischen Forschung verstehe sich das Institut aber auch als Think Tank, das mit praktischen Lösungsvorschlägen zur Entwicklung der Zivilgesellschaft beitragen wolle. Als ein solcher sei das von ihr vorgestellte Projekt anzusehen, das die Möglichkeit einer muslimischen Stiftungsgründung auslote, welche sowohl islamischem wie deutschen Stiftungsrecht entspreche. Die Hilfe zur Gründung eines sogenannte Waq‘f, also einer frommen islamischen Stiftung, vereine stiftungsrechtliche Voraussetzungen wie Stifterperson, Zweckbindung, Satzung und Stiftungsvermögen mit islamischen Rechtsaspekten wie dem Zinsverbot.

Üblicherweise, so Albrecht, seien muslimische Gemeindeinitiativen in Deutschland als Vereine organisiert, was sich durch den geringen bürokratischen Gründungsaufwand erkläre. Als sich die Verbleibeorientierung der zu meist türkischen und männlichen Gastarbeiter im Laufe der 1970er Jahre zu einer dauerhaften Zukunftsperspektive wandelte, ergaben sich für die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger Bedarfe nach belastbaren sozialen wie religiösen Strukturen, die sich vor allem in der Form von Moscheenvereinen bildeten. Da für den Islam in Deutschland die Körperschaft öffentlichen Rechts nicht zur Verfügung stand, fiel, um die Rechtsfähigkeit einer juristischen Person zu erlangen, die Wahl mehrheitlich auf die verhältnismäßig niedrigschwellige Rechtsform des eingetragenen Vereins. Diese Vereine, die oft bereits wichtige Träger stadtteilbezogener Kinder, Jugend- und Sozialarbeit seien, seien institutionell jedoch nicht auf Dauer gestellt und ihre Finanzierung oft nur unzureichend gesichert. An dieser Stelle könne, so Albrecht, die islamische Stiftung Abhilfe schaffen. Die entscheidenden Vorteile einer Stiftung seien zum einen

deren Möglichkeit zur Annahme des *zakat*, der religiös verpflichtenden Sozialabgabe im Islam, zum anderen eröffneten diese die Chancen, dass diasporische Spenden, die bisher ins Ausland transferiert würden, zukünftig im Inland eingesetzt werden könnten. Die Etablierung einer solchen Stiftungsform könne somit einen Beitrag zu einer dauerhaften, ernstgemeinten Integration leisten.

Gunnar Folke Schuppert leitete die anschließende Diskussion und begann diese mit der Frage, inwiefern der Tendenz der rückläufigen Zahl von Kirchgängerinnen, die nicht mit einer abnehmenden, sondern vielmehr mit einer individualisierten Religiosität einhergehe, organisationsstrukturell in Zukunft zu begegnen sei. Schwans Bemerkung zur dezentralen, nichtkirchlichen Struktur des Islams aufgreifend, stellte die Runde fest, dass Religion so vielfältig sei, dass sie ganz unterschiedliche Organisationsstrukturen hervorbringe, was sie wiederum mit der so heterogen organisierten Zivilgesellschaft gemein habe.

Die in allen drei Inputs angeklungene Frage nach dem Alleinstellungsmerkmal religiös geprägten Engagements und dem spezifischen Beitrag der Religionsgemeinschaften zur Zivilgesellschaft wurde vom Auditorium aufgegriffen und kontrovers diskutiert. Würde man Zivilgesellschaft als Kommunikationsraum begreifen, so ein Angebot Schupperts, indem unterschiedlichste Akteure auf verschiedenen Kanälen und Weisen miteinander kommunizierten, könne die religiöse Sprache hier eine wichtige Funktionssprache zum Gelingen der Kommunikation darstellen. Dieser Ansatz ließe sich auch gut mit dem Verständnis von Zivilgesellschaft als Arena vereinen. Schwan betonte erneut die nicht zu unterschätzende motivationale Kraft einer moralischen Orientierung an Werten, die transzendent verankert seien und die die religiöse einer säkularen Normativität voraus habe.

Makroebene: Nationalstaaten

In diesem Panel ging es um die Frage, inwiefern nationalstaatliches Handeln die Spielräume der Zivilgesellschaft beeinflusse. Auf dem international besetzten Podium hielt Anna Domaradzka den ersten Input zum Thema *The Uncivil Civil Society? Redefining the Space for Grassroots Activism in Poland*. Das Besondere am zivilgesellschaftlichen Raum sei laut Domaradzka, dass er einen Zwischen- und Schutzraum darstelle, in dem es möglich sei die hegemoniale Ausübung gesellschaftlicher und politischer Macht zu hinterfragen. Voraussetzung hierfür sei es, dass dieser Raum in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern gehöre. Dieses Verständnis würde jedoch in der aktuellen polnischen Debatte in Frage gestellt, da der zivilgesellschaftliche Raum von staatlicher Seite immer stärkerer Regulierungen unterliege.

Domaradzka stellte des Weiteren die Wichtigkeit von Vertrauen in gesellschaftlichen Handeln heraus. In der momentanen Situation in Polen trauten sich viele Menschen nicht mehr zivilgesellschaftlich aktiv zu werden, da der in Polen stattfindende autoritäre Umbau des Staats- und Gesellschaftswesens ein Klima der Unsicherheit und Repression befeuere. Andererseits führe dieser Umbau zu einer Politisierung breiter Bevölkerungsschichten und befördere informelles Engagement bzw. Engagement in Bereichen, die von der Regierung als unproblematisch angesehen würden. Dies zeige sich in spontanen Demonstrationen, der Gründung stadtpolitischer Initiativen oder Unterwanderung der öffentlichen Verwaltung durch frühere Aktivistinnen und Aktivisten. Die polnische Zivilgesellschaft sei zum jetzigen Zeitpunkt einer der wenigen Akteure, durch welchen der momentane Trend aufgehalten und progressiver Wandel ermöglicht werden könne.

Weitere negative langfristige Konsequenzen der jetzigen Situation sah Domaradzka vor allem im Bildungssystem. Jugendliche würden nicht mehr mit der Idee einer autonom handelnden Zivilgesellschaft erzogen, die in der polnischen Geschichte eine wichtige Rolle gespielt habe, sondern bekämen vielmehr das Verständnis eines für die momentane Regierung nützlichen Engagements gelehrt. Gleichzeitig sei die Verteilung der öffentlichen Gelder sehr ungleich und

intransparent, und diejenigen Organisationen würden bevorzugt, die auf der Linie der PiS-Regierung lägen.

Als zweiter Redner dieses Panels sprach Emil Brix über die Auswirkungen der Wahlen in Österreich auf die Zivilgesellschaft. Als eine Haupttendenz aktueller österreichischer Politik identifizierte Brix, dass Parteien sich verstärkt den Charakter zivilgesellschaftlicher Bewegungen gäben. Als Reaktion auf die Entfremdung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Parteien und auf die Kritik am sogenannten Establishment war es die FPÖ unter Jörg Haider, die damit begonnen hätte sich den zivilgesellschaftlichen Bewegungscharakter zuzuschreiben und für sich in Anspruch zu nehmen, für das Volk zu sprechen und eine politische Trendwende zu vollziehen. Die Spaltung der Gesellschaft über die migrationspolitische Frage habe sich dann die ÖVP unter Sebastian Kurz zu eigen gemacht und die gleiche Wende hin zur Zivilgesellschaft nachvollzogen. Hierdurch, so Brix, wurden Räume geschaffen, in denen die Menschen das Gefühl hätten, mitentscheiden zu können. Zivilgesellschaft befinde sich folglich im Aufwind und würde immer stärker zu einem politischen Subjekt. Die Frage, die sich nun stelle, sei, wie zwischen der sympathischen und unsympathischen Zivilgesellschaft unterschieden werden könne, gerade im Hinblick darauf, dass sich die unsympathische Zivilgesellschaft in ganz Europa im Aufwind befinde. Rein wissenschaftlich gebe es Brix zufolge kein Kriterium, um diese Unterscheidung zu treffen. Die Legitimität dieser Bewegungen könnten sich höchstens an Übertritten der Grenzen des Rechtsstaates festmachen lassen. Es dürfe folglich nicht der Fehler begangen werden, diese Gruppen aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich auszuschließen, da sie einen relevanten Teil der Zivilgesellschaft in den nächsten Jahren ausmachen würden.

Brix wies des Weiteren darauf hin, dass die Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Handelns nicht nur in Russland kleiner würden. Dort existiere bei weitgehender Gleichschaltung der Medien eine Offenlegungspflicht der Finanzierung von NGOs, sobald diese Gelder aus dem Ausland erhalten. Brix setzte diese Kritik an der russischen Regierung in Bezug zu der Situation in Österreich, wo die ÖVP vor zweieinhalb Jahren die Finanzierung von türkischen Vereinen durch Geld aus dem Ausland verboten habe.

Im Anschluss berichtete die Journalistin Ebru Taşdemir über die Situation der Zivilgesellschaft in der Türkei. Als Teil des Projekts der *taz.gazete* veröffentlicht sie Artikel von Kolleginnen und Kollegen, deren Redaktionen oder Medienunternehmen in der Türkei geschlossen wurden. Taşdemir zufolge verschwimme bei der Arbeit ihrer Kolleginnen und Kollegen die Grenze zwischen Journalismus und Aktivismus, da in der Türkei versucht würde die Beobachtung und kritische Begleitung der politischen und gesellschaftlichen Prozesse durch Verbote zu unterbinden. Seit dem Putsch vom 15. Juli 2016 seien 100.000 Menschen aus dem öffentlichen Dienst entlassen und 50.000 in Gefängnisse gesperrt worden. Während die Berichterstattung aus den Großstädten zumindest über das Internet noch einigermaßen funktioniere, sei die Arbeit in den kurdischen Gebieten fast unmöglich. In Form des „Guerilla-Journalismus“ beschafften sich Journalisten und Journalistinnen dort Fotos und Interviews und verschwänden unverzüglich von dem Ort, um die Ergebnisse so schnell wie möglich online zu stellen.

Der versuchte Putsch im Jahr 2016 habe das Erdogan-Regime gestärkt, da sich hierdurch viele gesellschaftliche Gruppen mit der AKP-Regierung solidarisch erklärt hätten. Grund sei eine in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitete Angst vor einer neuen Ära politischer Instabilität unter der Führung des Militärs. Ähnliche Erfahrungen wurden bereits in der Vergangenheit gemacht, beispielsweise durch den Militärputsch 1971, welcher starke Frauenrechts- und Gewerkschaftsbewegungen massiv eingeschränkte.

Trotz der widrigen Umstände gäbe es weiterhin zivilgesellschaftliche Gruppen, die aktiv seien. Einige dieser unabhängigen Vereine, die Nischen für regierungskritisches Handeln darstellen, würden durch die EU finanziert. Ein Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen und das Versiegen der Gelder könne diese Initiativen vor eine existenzielle Bedrohung stellen. Dies betreffe beispielsweise eine LGBTI-Initiative (Lesbisch-Schwul-Bisexuell-Transsexuell-Intersexuell), die sich transnational mit Initiativen in Russland vernetze. Darüber hinaus sei die Frauen- und Menschenrechtsbewegung in der Türkei traditionell stark und

es gäbe viele zivilgesellschaftliche Gruppen, die sich zum Thema Umweltschutz engagierten und sich beispielsweise gegen den Neubau von Atomkraftwerken aussprächen.

Als vierter und letzter Redner dieses Podiums berichtete Dimitrios P. Droutsas über die *Erfahrungen aus Griechenland und der EU*. Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft seien in Griechenland eher begrenzt, jedoch nicht – wie in der Türkei – aus Gründen der politischen Repression, sondern weil Aktivitäten der Zivilgesellschaft in Griechenland wenig Tradition hätten. Einige Beobachter hätten als Grund hierfür die Militärdiktatur angeführt, andere rekurrten auf die vierhundertjährige Herrschaft der Türkei, in welcher Griechenland eine andere Entwicklung erlebt habe als seine europäischen Nachbarn. Droutsas selbst vertrat hingegen die These, dass die Omnipräsenz des griechischen Staates in den letzten vierzig Jahren die Entstehung eines zivilgesellschaftlichen Bewusstseins verhindert und Klientelismus befeuert habe. Versehen mit dem Hinweis nicht zynisch klingen zu wollen, formulierte Droutsas einen positiven Effekt der Schuldenkrise darin, dass der Staat nicht mehr alle Aufgaben hätte übernehmen können und die Zivilgesellschaft so gezwungen gewesen sei, aktiv zu werden.

Wenn auch nicht in massivem Umfang, so habe es jedoch bereits vor der Schuldenkrise zivilgesellschaftliche Aktivitäten gegeben. Als besonders wichtig hob er die Rolle der Zivilgesellschaft in der Annäherung mit der Türkei in den 90er Jahren hervor (Stichwort Imia-Krise). Der Referent war zu dieser Zeit außenpolitischer Berater der Regierung und durch den Blick auf die Gemeinsamkeiten beider Länder (in Bezug auf eine geteilte Kultur und Tourismus) konnte mithilfe zivilgesellschaftlicher Gruppen eine Annäherung erzielt werden. Dies könne als gutes Beispiel des positiven Mitwirkens von Zivilgesellschaft in politischen Krisen gesehen werden. Des Weiteren wäre die Olympiade in Athen im Jahr 2004 ohne die Mithilfe tausender Freiwilliger nicht zu meistern gewesen. Zuletzt verwies Droutsas auf die ehrenamtliche Hilfe auf den griechischen Inseln, die half, die Ankunft und Unterbringung von Geflüchteten zu organisieren.

Zu Beginn der sich an diesen Input anschließenden Diskussion wandte Moderatorin Marie von Mallinckrodt, bezugnehmend auf den Input von Brix ein, dass

Parteien sich bewusst den Anti-Establishment-Charakter gäben, dem sogenannten Establishment jedoch selbst angehörten und somit der bewegungsnahe Charakter eine reine PR-Maßnahme darstelle. Die von Parteien wie der ÖVP oder FPÖ angebotenen Räume der Mitentscheidung existierten in Wirklichkeit nicht. Im Anschluss entwickelte sich eine Diskussion zu der Frage, ob rechtspopulistische Bewegungen zur Zivilgesellschaft gezählt werden sollten und wenn ja, welche Kriterien angelegt werden könnten, um erwünschtes von unerwünschtem Engagement zu unterscheiden. Hierbei wurde zum einen die Bedeutung des verfassungsrechtlichen Maßstabs bei der Bewertung bestimmter Inhalte hervorgehoben. Aus dem Publikum wurde ergänzt, dass Zivilgesellschaft nicht ohne normative Maßstäbe beschrieben werden könne. Wenn Kriterien wie Toleranz, Respekt und Dialogbereitschaft bei der Bewertung völkischer oder militaristischer Bewegungen weggelassen würden, entwerte dies den Begriff der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus beraube man sich der Möglichkeit zur normativen Selbstkorrektur. Dies schließe jedoch keine Auseinandersetzung mit diesen Bewegungen aus. An den Arenen-Begriff von Rupert Graf Strachwitz erinnernd, wurde aus dem Publikum gefordert, Gesprächsräume zu schaffen um die problematischen Teile der Zivilgesellschaft diskursiv zu integrieren und einzuhegen.

Auf die Frage von Mallinckrodt, ob es eine Kooperation der nationalstaatlichen Zivilgesellschaft auf europäischer Ebene gäbe, wendete Droutsas ein, dass es durchaus Kooperationen gäbe, die Zivilgesellschaft auf EU-Ebene jedoch nicht als politisches Subjekt handle. Seit der Verabschiedung des Lissabon Vertrags gäbe es die Möglichkeit eines institutionalisierten Austauschs zwischen den organisierten zivilgesellschaftlichen Gruppen und der Europäischen Kommission. Diese Möglichkeit könne jedoch nicht genutzt werden, da die Nationalstaaten diese Initiative blockierten.

Auf die Frage aus dem Publikum, ob die von ihr konstatierte notorische Apathie der Zivilgesellschaft ein rein polnisches Phänomen darstelle, wies Domaradzka darauf hin, dass der Ausgangs- und Mobilisierungspunkt zivilgesellschaftlicher Bewegungen häufig in der Identifikation eines Problems bestünde und erst mit der Zeit positive Forderungen Einzug hielten. Sie wehrte sich gegen die Lesart, dass Polen sich bereits jetzt in einem autoritären Gesellschaftssystem

befinde. Die polnische Gesellschaft entwickle sich momentan in diese Richtung, sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch mit einer Situation, wie sie in der Türkei vorzufinden sei, noch nicht vergleichbar.

Abschluss und Ausblick

In der letzten Sektion, die neben einem Resümee auch einen Ausblick gab, diskutierten Rolf Alter, Georg Cremer und Andrea Walter mit Rupert Graf Strachwitz, der die Moderation übernahm.

Einleitend fragte Strachwitz Alter, inwiefern supranationale Organisationen auf zivilgesellschaftliches Handeln angewiesen sei und ob es denn im internationalen Bereich überhaupt eine Zivilgesellschaft bräuchte? Er selbst könne sich noch an eine Konferenz vor fünfzehn Jahren erinnern, an dem ein staatlicher Vertreter ihren Rückzug von dort prognostiziert habe.

Alter bejahte die Frage der Notwendigkeit der zivilgesellschaftlichen Einbindung in die internationale Politik unumwunden und begründete dies mit der legitimatorischen Kraft, die dieser Mitsprache entspränge. So könne mittlerweile keine Wirtschafts-, Sozial-, und öffentliche Politik ohne Beitrag der Zivilgesellschaft im Entscheidungsprozess vorgebracht werden. Die OECD hätte ihre beratende Funktion der Länder stets besser erfüllen können, wenn sie vor der Beratung der Regierungen auch die dortige Zivilgesellschaft konsultiert hätte. Diese Zusammenarbeit sei bereits 1961 in der Konstruktion der OECD angelegt worden; damals firmierten die Akteure der Zivilgesellschaft allerdings noch unter den Begriffen der Sozialpartner und man hätte vor allem wirtschaftliche und gewerkschaftliche Vertreter dabei im Auge gehabt, deren Zugehörigkeit zur Zivilgesellschaft umstritten sei.

Danach rückte die Frage von ungleicher Verteilung von Macht auf globaler Ebene in den Blickpunkt. Cremer plädierte für eine Professionalisierung der Interessensvertretung der Zivilgesellschaft, um beispielsweise auf EU-Ebene eine höhere Wirksamkeit zu erzielen. Ihm schwebte hierbei eine transnational vernetzte Zivilgesellschaft vor, die auch in Brüssel, einem hoch-kompetitiven Umfeld, eine Vertretung haben und versuchen müsse, für ihre Interessen zu werben. Kritik aus dem Publikum folgte prompt. In dem ersten Wortbeitrag wurde auf die Ungleichheit der Mittel zwischen beispielsweise der Automobilindustrie und der Zivilgesellschaft hingewiesen. In einem zweiten wurde betont, dass die

Stärke der Zivilgesellschaft nicht aus der Distanz zu Staat und Markt gesehen werden könne, wenn gleichzeitig die Forderung nach der Unterwerfung unter die Regeln des Brüsseler Lobbyismus laut würden. Dies funktioniere nur bei einem radikalen Strukturwandel der hierfür in Frage kommenden zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie deren Finanzierungsgrundlage. In dieser Diskussion zeigte sich die immer wiederkehrende Frage der genauen Verortung der Zivilgesellschaft zwischen Markt und Staat. Weitere Punkte, die auch in Zukunft von Relevanz sein würden sei die Möglichkeiten ihrer transnationalen Vernetzung und der gewünschte Grad an Professionalisierung.

Resümierend wurden einige Diskussionspunkte benannt, die während der Veranstaltung immer wieder aufkamen. So wäre klargeworden, dass die begrifflichen Hoheitskämpfe nach wie vor am Andauern seien und die Frage, inwiefern Zivilgesellschaft als normative oder als deskriptive Kategorie gehandelt werden solle, nicht geklärt sei. Auch inwiefern sie von anderen gesellschaftlichen Teilsystemen abzugrenzen sei, bleibe weiterhin strittig. Als weitere Entwicklung, die sich abzeichnete, sei eine zunehmende Politisierung der Zivilgesellschaft zu erkennen, und man müsse sich auch mit der dunklen Seite der Zivilgesellschaft, etwa in Form von Pegida-Demonstrationen, auseinandersetzen. Der Wandel, dem die Zivilgesellschaft durch immer neue gesellschaftliche Entwicklungen, beispielsweise der Säkularisierung oder dem digitalen Wandel, unterworfen sei, brächte vielerlei Herausforderungen mit sich, sei zugleich aber auch immanenter Bestandteil von ihr. Die Diskussionsrunde entließ in den Abend mit dem Einvernehmen, dass es weiterhin viel Forschungsbedarf über das Phänomen Zivilgesellschaft gäbe. Dies sei trotz der schwachen universitären Vertretung des Forschungsfeldes umso stärker voranzutreiben. Die Ausgangshypothese, dass der Handlungsraum der Zivilgesellschaft aufgrund äußerer Einwirkungen an einzelnen Stellen schrumpfe und in Gefahr ist, weiter zu schrumpfen, dass aber insgesamt ein nachhaltiges Wachstum zu konstatieren sei, vor allem aber von fundamentalen Veränderungsprozessen innerhalb der Zivilgesellschaft ausgegangen werden müsse, wurde durch die Diskussion bestätigt.

Introduction

On the occasion of the 20th anniversary of the Maecenata Institute for Philanthropy, a symposium on the topic of the changing space for civil society took place in Berlin on October 17, 2017. The Maecenata Institute invited around 110 participants to join an interdisciplinary state of the art inventory of civil society research to clarify the question of how much the scope of action of civil society has changed over the last 20 years. The aim of the conference was to explore the theoretical debate surrounding the use and content of the term ‘civil society’, as well as current challenges such as the increased immigration of refugees to Europe and the increasing restrictions for civic engagement by governmental authoritarian power structures.

The symposium was divided into an introduction, three panels, and a final discussion. Each panel contained introductory inputs and was followed by a panel discussion.

Rupert Graf Strachwitz opened the event with a brief overview of the twenty-year history of the Maecenata Institute and the initial motives for its founding. The lack of knowledge of structures, concepts and theoretical foundations of the phenomenon civil society has been crucial for him, in addition to a hitherto outstanding cartography of the German foundation sector. From the very beginning, the research focus of the institute was a comparative international view on the third-sector, the exploration of the relationship between state and civil society and the role of foundations in civil society. By the time more topics were added, such as religious and intercultural research projects, or the different logics of action or area of civil society. In addition to the theoretical work, however, the Institute has always maintained its practical relevance and, for example, accompanied the political and legal framework in the Enquete Commission. In the course of its history the institute has sought, tested but then rejected the institutional connection to a university.

The Maecenata Institute was founded, and is still to be understood as an instrument for uncovering and addressing research needs in the field of civil society, which is highly important for society as a whole. As today’s major issues to tackle

for the German as well as international civil society research community, Strachwitz mentioned the integration of refugees and the hazardous developments of populist movements all over the world which are capable of exposing the dark side of civil society. In reply to critical voices, which predict a “shrinking space of civil society”, the more optimistic title “changing spaces of civil society”, was chosen for this symposium since a change is undeniable yet an evaluation still outstanding.

The next presentation, by Jürgen Kocka, explored the question, whether civil society is on the rise. In line with Strachwitz’ assessment of civil society, he too saw it changing rather than shrinking, Kocka confirmed a reasonably good situation in Germany. According to the latest surveys, more people than ever volunteer and contribute to civic society, and every second citizen belongs to at least one association. There are as many applications for founding as for deletion in the register of associations. Although non-institutionalized forms of civic engagement are difficult to quantify, an increase is to be expected here. All in all, Kocka argued, civil society in Germany has an impressive power. The digital transformation seems to carry huge opportunities in regard to the further expansion of civic engagement, but must be handled sensibly. Nonetheless, there are large differences in the distribution of civic engagement within society, noticeable between town and country, poor and rich, younger and older people.

According to Kocka, the common division between civil society, state, economy and family is to be questioned in the interest of further insights. These individual systems contrast to civil society and to each other due to their different logics – legality (state), profitability (economics) and family affiliation (family) – whereas characteristics of civil society are being self-organized, unpaid and associative. Nonetheless there are interfaces, places of bridging and gateways that cannot be neglected. Kocka argued that for epistemic reasons one has to rethink a strict separation. For instance, civil society and capitalism share their decentralized structure. The long tradition of donations from the private sector enabled civil society to develop the necessary strength to assert itself against an overly powerful state. The entanglement of both sectors is also shown by the fact that local social commitment has often led to entrepreneurial success

and the moral embedding of the middle class. Therefore, the question arises as to what civil society could contribute to encluse the destructive power of capitalism, understood in a Schumpeterian sense.

For Kocka, the line between state and civil society is also blurred. For a long period, civil society has been a supportive component of the welfare state through organizations such as the big welfare organisations, but also through the many individual initiatives in the educational and social field. In addition, it provides a significant amount of integration into the labor market, for example for refugees or people with disabilities. There is also an increasing politicization of civil society which cannot be overlooked. Actors of organized civil society, like the Bertelsmann Foundation, claim political influence through political debating and advocacy, and the crisis of representative democracy finds its practical expression in the rise of participative initiatives. Additionally, the visibility of the civil society has grown in the context of the increasing numbers of arriving refugees, and has channeled great political pressure, which presumably caused a less restrained refugee policy with the government.

Kocka concluded with the (self-critical) question how much theoretical capacity the concept of civil society still holds after his suggested softening, since it is defined by contrasting to the other social systems. Realiter, so his conclusion, the dividing line was outdated.

In the last paper of the panel Ulla Pape examined a comparative look at the development of civil societies in Europe, asking which factors may strengthen and which factors may weaken them. Pape drew attention to the substantial similarities and differences between the civil societies in five different countries (Germany, Spain, Poland, Hungary, Russia) on the basis of three topics. Her first topic was the social adjustment pressure and the countermovement of civil society. Surprisingly, despite increasing economic and governmental regulatory pressure in the wake of the financial crisis, the survey revealed a rather high level of resilience of civil society rather than the feared decline. Nevertheless, the individual organisations and players were forced by an increasing competitive pressure to develop a tenable marketing strategy. As a result, the organisations had become larger and more professionalized, and more networks and

non-institutionalized movements had also emerged, demonstrating the great adaptability of civil society.

The second topic, about the question if there was a common good orientation or more likely the diversity of individual interests in the civil societies she researched, has shown that there is still insufficient collective awareness within civil society. Pape argued that there is hardly any feeling of belonging between larger NGOs like Greenpeace and, say, local sports clubs. This lack of corporate feeling could lead to the replacement of traditional civil society organisations such as associations by new forms such as social entrepreneurship.

The third topic, the relationship between state and civil society, is strongly interwoven with the crisis of democracy, e.g. in Hungary and Russia. The drain of these nations towards semi-authoritarian regimes has had a massive impact on civil society there. Using the example of Russia, one can show that the government is promoting a division of civil society there. The state continues to support parts of civil society, so it is not marginalized as a whole. However, organizations perceived as seditious by the government because of their agenda or because of foreign sponsoring, are harassed and persecuted. This is the case for environmental and human rights organizations, and initiatives that are e.g. committed to the fight against HIV, because such activities are perceived as political and anti-governmental.

Wilhelm Krull, chairing the following discussion, once again raised the question of the normative and definitional core of the term “civil society”. According to Strachwitz, a concept of civil society as arena is capable of visualizing the interactions and permeability of very different actors from different systems in the public space, without giving up the necessity of demarcation of the social subareas and their systemic logics. In general, when defining civil society, two perspectives had to be distinguished, a descriptive and a normative perspective.

Asked from the auditorium regarding the consequences of digital change for civil society, Kocka replied that this change held opportunities for more liberty, but also great risks, such as filter bubbles in social media communication and

its impact on public opinion. All participants in the panel agreed that a final prognosis is yet outstanding.

When the question came up to what extent sports clubs such as Bayern München should be included in civil society and how a united sense of community could be established in civil society, Pape replied that this would probably only be possible in terms of self-attribution. The *Initiative Transparente Zivilgesellschaft* is an example how to label themselves and binding itself to a set of civil society values.

Asked to what extent the political parties, trade unions and churches could be understood as civil society actors, Strachwitz replied that the parties had not yet reflected on this, that unions were more likely to reject it and that the position within the churches would diverge.

Micro Level: Civic Engagement

The second panel emphasized the current debates and possible future developments for civic engagement.

Elke Bojarra-Becker started with an input concerning the question *Civic Engagement in Urban Development: An (Im)possible Mission?*. She talked about the difficulties in addressing both, civil society and urban development, as topics together. Following her experience, this connection is often reduced to processes of public participation. There exist institutionalized processes of participation which are mandatory for processes of planning and construction in cities; these modes of participation, however, cannot be regarded as a sign of autonomous action of civil society. They rather reflect an institutionalized top-down mentality. Nevertheless, participative structures may increase the democratic legitimacy of these processes, especially when poor or politically underrepresented neighbourhoods are included. In the best-case scenario, they function as an initial point of politization on which further engagement can be grounded. As a second facet of urban policy engagement, Bojarra-Becker pointed to protest movements, whose existence can be seen as an indicator for the vibrancy of a democracy. On the other hand, they tend to generalize particular interests. Furthermore, some groups are able to influence public discourse based on good connections and effective public representation. These circumstances make it extremely complicated to conduct a process of negotiation, for example, with the local administration because the actors have a one-sided picture of one other. From this experience, Bojarra-Becker pledged for a deeper understanding of the groups involved with one another. In this context, it would be a good idea to include civil society as a subject in training administrative staff. On the side of civil society, the administration should not be seen as an opponent but as a partner.

Following this, Christopher Gohl, speaking about *Values Driving Civic Engagement*, asked if there was a consistent base of values for civil engagement. In philosophical pragmatism, values, according to Gohl, had a mediating function between the subject and the community. Actions that contribute positively to

public order are habitualized and turned into values. In this process, civic engagement serves as a value generator and mediator.

Gohl shed light on the development of morality in contract theory and republican theory of virtue with the aim to link both traditions and to develop a qualitative concept of freedom.

Contract theory aims at the constitution of a stable constitutionalized order, which protects the freedom, property or security of the contracting parties, the citizens. Freedom, in this context has to be understood as the absence of force. In this area it is about lawfulness instead of morality and rights instead of duties. Gohl contrasted this negative understanding of freedom with the positive concept of freedom of republican theory of virtue, which sees the citizen as a political-moral subject created from communitarisation.

Gohl cited the famous dictum of Ernst-Wolfgang Böckenförde: „The liberal secularised state is based on conditions that it itself can not guarantee.“ This phrase, according to Gohl, is the expression of a negative concept of freedom. Rather, theory of virtue and contract theory should be reconciled and liberalism should be combined with a positive understanding of freedom. The resulting qualitative, self-correcting concept of freedom, would enable a moral embedding of society and its institutions. The aim would be a society capable of dialogue, a process of negotiation every citizen could take part in. In this process, the task of civil society would be the formation and mediation of values. That is why a distance between civil society and the liberal state is indispensable.

Subsequently, Eckhard Priller discussed the question *How Open is the Future of Civil Society? Influence on and Framework for Individual Action*. He answered this question with five arguments. First, according to Priller, civil society is in a constant process of development. He pointed out the importance of long term planning cycles; without a vision and a forward-looking approach, civic engagement would be limited to first aid. Second, the demographic change of society will influence the future of engagement in a significant way. In addition, processes of urbanization and rural depopulation will lead to a lower density of engagement and organisations in the country, as can already be seen in

the case of fire fighters and emergency services. At the same time, the necessity for consulting and support activities will grow. Third, Priller referred to the changing social fabric and its impact on political and social participation. Poor people have lower chances of political representation and will be engaged less often. If no action is taken, the underrepresentation of a growing part of society will cause legitimacy problems for civil society. Fourth, digitalization and artificial intelligence will change the requirements from the people that are engaged in civil society. In parallel to the elimination of many jobs in the market economy, the need of committed people in civil society will decline while at the same time a professionalization of the tasks can be foreseen. In addition, society has to satisfy a growing need for community. The rise of AfD and Pegida may be seen as proof of the failure of civil society as far as this is concerned. Fifth, according to Priller, secularization and a shrinking affiliation to religious groups have an impact on civic engagement, as the positive connection between religious affiliation and civil engagement can clearly be observed. Whether this implies a decline in civic engagement or the beginning of processes of substitution, will be discussed in the following panel.

As the last speaker on this panel Rudolf Speth presented two research projects under his directive that are currently being undertaken at the Maecenata Institute. One project looks at the cooperation of volunteers and state administration concerning the activities with refugees. The second project sheds light on the civic engagement of refugees. He discussed the outcome of these projects based on five arguments: First, the main impact of the groups of volunteers who organized support for refugees from 2015 onwards was their influence on the political discourse. Where these groups were present, according to Speth, skeptical parts of society could be kept at bay, and the discourse about the refugee topic could be directed towards a positive and welcoming atmosphere. Second, the active groups and neighbourhoods did not base their actions on political convictions but rather on the need for a stable community. By having a personal connection with the refugees, it was possible for them to exercise soft pressure towards integrating them in society. Third, according to Speth, the volunteer groups adjusted to the hegemonic rules of integration, whose most important aspect is labour market access. In most cases, the volunteer-groups cooperate

with the Job Centres and local administrations, depending on the specific situation in the location, for example, the unemployment rate. Fourth, the civic engagement of refugees has tremendous importance in terms of their social participation. By being active, they can become autonomous and support other refugees. Learning the language and establishing contacts with different groups in society turns out to be the main motivation of the refugees. Both expectations could best be met in formalized civic engagement. A better developed infrastructure of civil society would be required for that. Fifth, cooperation with local public bodies caused a process of adaption on the side of the volunteer-groups. Resistance could only be observed in rare cases, e.g. concerning deportations. The need for separation and self-will in the sphere of civil society, in some cases, is still present, but in a milder way.

In the following discussion, moderator Roland Roth questioned the prognoses given by Priller, as, according to Roth, civil society used to show countermovements to the dominant movements in society in the past. A comment from the audience pointed out, that despite social polarization, digitalization and demographic change in the last twenty years, civic engagement in Germany would be stable.

Another participant from the audience asked Speth if there was any public debate about common topics in the examined communities. According to Speth, addressing public topics often has the character of talking about rumors and not of having a rational discussion. Roth added that there are also other results concerning the question about which way processes of negotiation on a local basis take place. In many local communities, there exist institutionalized dialogues between the citizens concerning the topic of migration.

Meso Level: Religious Communities

The third panel focused on religious communities and civil society. It was conceived as such because of the ongoing research project of the Maecenata Institute on this topic. The panel was opened by Paul Dekker, who raised the question of whether religion still plays a role as a basis for civic engagement in society today. Based on his research in Dutch Christian parishes and on the question of whether the community or rather faith is crucial for civic engagement within religious communities, Dekker initially referred to a paradox. According to this paradox, no empirical correlation between religiosity and commitment is verifiable; statistically speaking, however, churchgoers are more frequent and active in volunteer work and this also outside the church in relation to the total population. On closer inspection this is explainable according to Dekker, because the increased commitment is clearly related to the association processes of communitarization and less due to the component of faith. Social pressure often develops within communities on the individual level; the church members are often asked more to get involved and volunteer for peer effects more often than unrelated people. Here the embedding of the individual into a moral network plays a decisive role. Additionally, the fact that the churches attract a certain type of people, who stick to the churches despite secularizing tendencies, is important. People with conservative values are traditionally and disproportionately strongly engaged and socially oriented, which in a sense leads to a concentration process of willing volunteers in the parishes, as these remain in the communities, while the number of churchgoers in general continues to decline. On the social macrolevel it also can be observed that there are higher numbers of engagement when there are more religious communities in a country. Dekker explained this by the pressure of competition arising from plurality, but also by a better developed infrastructure, which would give people the opportunity to engage more often.

When asked about the unique feature of the churches in contrast to other civil society organisations, such as sports clubs, Dekker highlighted two points: First, the churches offer a nationwide infrastructure for engagement, fund the build-

ings, provide staff and establish networks. Second, they also offer a moral language by means of which engagement can be articulated and conveyed. Dekker noticed during his research that older people often explained the reasons for their involvement in religious language, while young secularized people often lacked that kind of language.

In the light of secularization and its consequences for voluntary work, a relatively stable compensation of social commitment by well-educated people seems to appear, as the level of education rises in general. In addition, there is a process of concentrating on a few very active members within the church. The consequence of this shift, however, is that engagement will become more individualized and less institutionalized. Therefore, according to Dekker, the churches, at least in the Netherlands, will be missed in the foreseeable future as an organizer of voluntary work.

In the following input Gesine Schwan weighed the *Challenges and Opportunities for Faith Based Civic Action*. It seems to her, she noted, that the distance between civil society and religion has declined in recent years, and many actors all over the world increasingly appreciate religions' positive and widespread impact on a strong civil society. Referring to the previous speaker, who had emphasized the institutional, Christian side of religious communities in civil society, Schwan added that this kind of institutionalism was only partially transferable to other religions, such as Islam, where there is no church in the strict sense.

Nonetheless all religions, especially the monotheistic ones, hold both great opportunities and great risks. In her view, the resistance of so many women and men from the church environment during the dictatorship of National Socialism is an example of the great potential for humanitarian strength and commitment in the churches. However, history also shows clearly from the Crusades and witch hunts to fundamentalist terrorism, how devastating the combination of religion and violence can be. So, religiously motivated citizens' initiatives may currently open up opportunities in modern societies only if they are willing to embrace a pluralistic value society. A tolerant and open-minded Catholicism for example has great potential for civil society, as regards charitable concern as

well as the defense of human rights. Thus, the Church and its bishops have given important signals against hate and racism in the refugee debate. Civil society, which *per se* to Schwan is neither good nor evil, relies on normative models. Religion carries in its transcendence a moral ethical power which can serve as such. As long as the monotheistic religions do not fall back into a dogmatic and intolerant claim, the religiously motivated citizens' initiatives could fulfill a democracy-strengthening function for civil society.

In the final input titled *Foundations: A Chance for Muslim Civil Society in Germany?*, Sarah Albrecht stated that the topic of religion with all its facets of civil society has long been an integral part of the research interest of the Institute. With a political science conference focusing on *Churches Between the State and Civil Society*, the first milestone was laid already in 2002, at a time when it had not yet found any noteworthy attention in the research landscape of the German-speaking world. The contribution to a theoretical debate that the Institute has made over time, most recently also with regard to Muslim philanthropy, is currently being continued in a three-year research project on *Religious Communities in European Civil Society*.

In addition to its work in academic research, the Institute also sees itself as a think tank that wants to contribute practical solutions to the development of civil society. The project presented by Albrecht, which explored the possibility of founding a Muslim foundation that corresponds to both Islamic and German law, could be seen as this kind of contribution. It assists in the establishment of a so-called Waq'f, a religious Islamic foundation, which unites foundation law requirements such as a founding person, statute and endowment with Islamic legal aspects such as the interest ban.

Usually, according to Albrecht, Muslim community initiatives are organized in Germany as associations, which can be explained by the low bureaucratic requirements. When the return orientation of the mostly Turkish and mostly male guest workers changed into a permanent perspective for the future in the course of the 1970s, the new fellow citizens had demands for resilient social and religious structures, which were formed primarily in the form of mosque associations. In order to obtain the capacity of a legal entity, the majority of the choices

fell on the relatively low-threshold legal form of the registered association, since the corporation under public law was not available for Islam in Germany. But these kinds of clubs are institutionally not permanently provided for and their funding often insufficiently secured, although they are already important pillars of, eg. for neighborhood-related charity for children. According to Albrecht, the Islamic foundation can remedy this situation. On the one hand the key advantage of this foundation is its ability to accept the *zakat*, the religious compulsory gift in Islam. On the other hand, it opens up the chance that diaspora donations that would previously be transferred abroad could be used domestically. The establishment of such a foundation could thus contribute to a sustainable integration.

Gunnar Folke Schuppert led the subsequent discussion and began with the question to what extent the declining number of churchgoers, which is not accompanied by a waning, but rather by individualized religious institutions, will change the organisational character of civil society structures in the future. Drawing on Schwan's comment on the decentralized non-church structure of Islam the group noted that religion is so diverse that it produces very different organisational structures, which is also characteristic for civil society.

The question on the unique feature of religious commitment and the specific contribution of religious communities to civil society that was raised in all three inputs was taken up by the audience and discussed controversially. To understand civil society as a space of communication, Schuppert offered, in which different actors communicate with each other in different channels and ways, would mean that religious language could be an important functional language for successful communication. This approach could also very well be combined with the understanding of civil society as an arena. Schwan emphasized once again the motivational force of a moral orientation on values that are transcendent that favours religious over secular normativity.

Macro Level: Nation States

This panel addressed the question, how far state action influences the autonomy of civil society. From an internationally composed podium, Anna Domaradzka spoke first on *The Uncivil Civil Society? Redefining the Space for Grassroots Activism in Poland*. Domaradzka defined this space as something in-between, as a niche and an alternative space which is safer and where it is possible to contest the hegemonic way of how power is asserted. The precondition for this is to recognize the space of civil society as owned by the citizens. This understanding has been challenged in recent Polish discussions.

Domaradzka emphasized the issue of trust. The level of trust in political and legal institutions influences how people behave in interactions. Recently, in Poland, the situation is characterized by a low trust-level of the civil actors towards these institutions. The lack of trust and the fear of political repression make it, on the one hand, costly to be engaged long-term and on the other hand, the recent political situation fuels motivation and makes people more politically active. As a consequence, there is a growing number of informal and non-visible activities. Interventions may be spontaneous protests as well as grassroots urban planning processes and the undermining of the public administration by former activists. The invisible civil society is one of the few players from which political change can come. In Poland, like elsewhere, civil society is becoming more political.

Domaradzka saw negative long-term consequences in the transformation of the educational system. Young people are not raised according to an autonomous understanding of civic engagement but rather to following the government's understanding of a useful engagement. As a parallel development, financial help from the state is focused on the organisations which follow the government's rules. E.g., the national institute for freedom distributes state money to the initiatives in a non-transparent way.

As the second speaker, Emil Brix talked about the impact of the recent elections on civil society in Austria. The main tendency of recent Austrian politics, ac-

According to Brix, is that political parties assume the character of civic movements. In reaction to the alienation between the citizens and the parties and the criticism of the so-called political establishment, FPÖ, under Jörg Haider, was the first party to assume the character of a civic movement. They claimed to speak for the people and to carry out a political turnaround. The division of Austrian society towards the topic of immigration was the main reason that saw the ÖVP under Sebastian Kurz carry out the same turnaround towards civil society. Because of that, according to Brix, new spaces of public decision making have been created. Consequently, civil society is on the rebound and is becoming a political subject. The crucial question is now, how to differentiate between pleasing and not pleasing civil society, especially given that unpleasing civil society is growing all over Europe. From a scientific perspective, there are no criteria to facilitate this decision. The legitimacy of these movements could only be established under legal criteria. The exclusion of this part of civil society would therefore be a mistake.

Brix then pointed out that not only in Russia possibilities for civic engagement have shrunk. In Putin's Russia, NGOs have the obligation to disclose their finances in cases where they have been funded from abroad. Brix compared this critique of the Russian government with the situation in Austria, where ÖVP forbade funding Turkish associations with money from other countries two years ago.

The third speaker, the journalist Ebru Taşdemir, related the situation of civil society in Turkey. She publishes articles by colleagues, whose editorial offices or media companies in Turkey have been closed. According to Taşdemir, the borderline between journalism and activism is becoming increasingly blurred, as the Turkish government is trying to close down any critical observation and publication of recent political and societal developments. Since the failed coup of 15th June, 2016, more than 100,000 people have been dismissed from public service and more than 50,000 have been put in jail. Media coverage from the larger cities is still possible via internet, while in the Kurdish areas this is virtu-

ally impossible. She described the practice of journalism in these areas as „guerrilla-journalism“. Journalists take photos or do interviews and then disappear from the place to put them online as fast as possible.

The failed coup of 2016 strengthened the Erdogan regime, because in the subsequent period many groups declared their solidarity with the AKP government. The reason for this was wide spread fear of a new era of political instability under military rule. Similar experiences had been made in the past, for example after the military coup of 1971, which substantially limited womens' rights and trade union movements.

Despite these unfavourable circumstances some civil society groups are still active. Some of these independent organisations are funded with money from the EU. A cancellation of the accession negotiations to the EU and a drying out of the funding channels would therefore mean an existential threat for these initiatives. Among others, this concerns an LGBTI (lesbian-gay-bisexual-transsexual-intersexual) initiative, which is in close contact to initiatives in Russia. It should be remembered that women's rights and human rights movements have a long tradition in Turkey, and that there are many groups engaged in topics like climate protection and resistance to nuclear energy.

As the fourth and last speaker, Dimitrios P. Droutsas reported on the *Experiences from Greece and the EU*. The activities of civil society are limited in Greece, but not – like in Turkey – for reasons of political repression, but because activities of civil society had little tradition in Greece. Some observers name the military dictatorship as a reason for that, others point to the four centuries of Ottoman rule in which Greece took a different development course than that of its European neighbours. Droutsas himself explained this specific quality of civil society in relation to the ubiquitous Greek state, which prevented civil society from growing and instead supported political clientelism. Following this, Droutsas pointed out that this should not be understood in a cynical way. He referred to the so-called depth crisis as something positive since the state was no longer able to take over all the duties, and civil society was forced to become active.

Even if not to a massive extent, before the so-called depth crisis, there did exist an active civil society. Droutsas pointed to the important role of civil society during the crisis with Turkey in the 1990s (the Imia Crisis). During this time, he was the foreign policy spokesman of the government, and by focussing on the similarities between the two countries (with regards to culture and tourism) by means of civil society, a more peaceful approach was possible. This could be seen as a good example for the positive role of civil society in times of political crises. Furthermore, the 2004 Olympics would not have been possible without the help of more than 1,000 volunteers. Finally, Droutsas pointed out the work of the volunteers on the Greek islands, who helped organize the arrival and accommodation of refugees.

At the beginning of the discussion, moderator Marie von Mallinckrodt referred to Brix and underlined the point that parties assume an anti-establishment character, even when they are part of the so-called establishment, which needs to be seen as a PR measure. In reality, the spaces of participation offered by ÖVP and FPÖ do not exist. Following this, a discussion arose around the issue whether right-populist movements should be seen as part of civil society, and which criteria should be imposed to differentiate between popular and unpopular engagement. The importance of the constitutional value for actions was pointed out. A participant added that civil society cannot be described without normative standards. If criteria such as tolerance and respect are not present, while evaluating militarist or nationalist movements, it would leave the concept of civil society empty. Furthermore, there is no way of a possible self-correction. Nevertheless, a confrontation with these movements is important. Referring back to the arena-concept of Rupert Graf Strachwitz, a participant requested that spaces be created for dialogue to integrate the problematic parts of civil society.

With regards to Mallinckrodt's question whether there was cooperation of civil societies on an EU level, Droutsas stated that this cooperation indeed exists, but civil society does not perform as a political subject. Since the introduction of the Lisbon treaty, the possibility of an institutionalized cooperation between the organized groups of civil society and the EU-Commission exists but it cannot be used as the national governments has always blocked this initiative.

A participant asked Domaradzka whether the attitude of being against something was a specific phenomenon of Polish civil society. Domaradzka pointed out that civic movements often started with the identification of a problem and would later develop positive demands. Further on, she questioned the analysis of the current Polish situation as an authoritarian system. Polish society is in her view developing in this direction, but at the moment cannot be comparable to what is happening in Turkey.

Conclusion and Outlook

The last section was dedicated to a summary and an outlook, with Rupert Graf Strachwitz chairing, and Rolf Alter, Georg Cremer and Andrea Walter on the panel.

Strachwitz asked Alter, whether supranational organizations like the OECD needed civil society, and whether it would even be needed in international affairs. He could still remember a conference fifteen years ago, where a statesman had foreseen its withdrawal.

Alter replied by emphasizing the importance of embedding civil society in international politics and pointed out the legitimacy power of this participation. No economic, social or public policy could and should be carried out nowadays without civil society engaged in the preparatory decision-making process. The role of OECD as a consultant was, he said, always more effective when civil society was engaged before addressing a government. This cooperation was begun with the founding of OECD in 1961; back then however, representatives from economic organisations and trade unions were in the focus, whose inclusion in civil society nowadays is of course in question.

After that, the question of unequal distribution of power on a global scale was addressed. Cremer advocated a professionalization of civil society advocacy in order to achieve greater effectiveness at EU level. He would prefer a transnationally intertwined civil society, with representative offices in the highly competitive environment in Brussels that could be more successful promoting civil society interests. Walter agreed to this and pointed out that her foundation was one of the few who had ongoing working relations at EU level.

Criticism from the audience followed promptly. The first speaker pointed to the inequality of funding between, for example, the automotive industry and civil society. A second stressed that the strength of civil society could not be seen at a distance from the state and the market, if at the same time there was a call for submission to the rules of Brussels lobbyism. This would only work if there were a radical structural change in the civil society organisations in question

and their funding base. This discussion revealed the recurrent question of the precise positioning of civil society between the market and the state. Further points that could also become more relevant in the future touched on the possibilities of their transnational networking and the desired degree of professionalisation.

In summing up some central discussion points, the chair reminded the audience of some that had come up again and again during the day. It had become clear that the conceptual sovereignty struggles are still ongoing and the issue of whether civil society should be treated as a normative or descriptive category had not been clarified. The extent to which it can be distinguished from other social subsystems remains a matter of dispute. As a further development that was emerging, there was an increasing politisation of civil society. Also, one had to deal with the dark side of civil society, for example in the form of Pegida demonstrations. The transformation of civil society through ever-new societal developments, such as secularization or digital transformation, carries many challenges, but is also an inherent component. The discussion closed with the understanding that there was still much need for research on the phenomenon of civil society. Because of the weak representation of the research field in the universities, this is all the more urgent. The discussion confirmed the initial hypothesis that civil society's scope of action is shrinking as a result of external factors in individual places and is in danger of further shrinking, but also that an overall sustainable growth and fundamental processes of change within civil society can be stated.

**Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren /
Speakers and Moderators**

Sarah Albrecht, Wiss. Mitarbeiterin, Maecenata Institut für Philanthropie und
Zivilgesellschaft, Berlin

Rolf Alter, Director of Public Governance, OECD, Paris

Dr. Elke Bojarra-Becker, Referatsleiterin, Deutsches Institut für Urbanistik,
Berlin

Botschafter Dr. Emil Brix, Direktor, Diplomatische Akademie Wien

Prof. Dr. Georg Cremer, Universität Freiburg / ehem. Generalsekretär,
Deutscher Caritasverband

Prof. Dr. Paul Dekker, Universität Tilburg, Niederlande

Dr. Anna Domaradzka, Universität Warschau

Dimitrios P. Droutsas, ehem. Außenminister von Griechenland, Athen

Dr. Christopher Gohl, Wiss. Mitarbeiter, Weltethos-Institut an der Universität
Tübingen

Prof. Dr. Jürgen Kocka, Freie Universität Berlin / ehem. Präsident des WZB,
Berlin

Dr. Wilhelm Krull, Generalsekretär, Volkswagen Stiftung, Hannover

Dr. Marie v. Mallinckrodt, Journalistin, ARD-Hauptstadtstudio, Berlin

Dr. Ulla Pape, Wiss. Mitarbeiterin, Universität Bremen

Dr. sc. Eckhard Priller, Wiss. Co-Direktor, Maecenata Institut für
Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin

Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal

Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert, Humboldt-Universität zu Berlin

Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin, Humboldt-Viadrina Governance Platform, Berlin

Dr. Rudolf Speth, Wiss. Mitarbeiter, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin

Dr. Rupert Graf Strachwitz, Direktor, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin

Ebru Taşdemir, Journalistin, taz (die tageszeitung)

Dr. Andrea Walter, Referentin, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Programm / Programme

<p>10.00-11.30 Uhr</p> <p>Sektion 1</p>	<p>Problemaufriss</p> <p>Inputs Dr. Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin: <i>Begrüßung und Einführung</i> Prof. Dr. Jürgen Kocka, Freie Universität Berlin / ehem. WZB, Berlin: <i>Zivilgesellschaft im Aufwind?</i> Dr. Ulla Pape, Universität Bremen: <i>Die Entwicklung der Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich: stärkende und hemmende Faktoren</i></p> <p>Moderation Dr. Wilhelm Krull, Volkswagen Stiftung, Hannover</p>
<p>11.30-12.00 Uhr</p>	<p>Kaffeepause</p>
<p>12.00-13.30 Uhr</p> <p>Sektion 2</p>	<p>Mikro-Ebene: Bürgerschaftliches Engagement</p> <p>Inputs Dr. Elke Bojarra-Becker, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin: <i>Bürgerschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung: Ein Ding der (Un-)Möglichkeit?</i> Dr. Christopher Gohl, Weltethos-Institut an der Universität Tübingen: <i>Werte als Treiber des bürgerschaftlichen Engagements</i> Dr. sc. Eckhard Priller, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin: <i>Wie offen ist die Zukunft der Zivilgesellschaft? Einflussfaktoren und Rahmenbedingungen für individuelles Handeln</i> Dr. Rudolf Speth, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin: <i>Engagement als Ressource: Zivilgesellschaftliche Helfergruppen und Verwaltungen</i></p> <p>Kommentar und Moderation Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal</p>

13.30-14.30 Uhr	Mittagspause
14.30-16.00 Uhr Sektion 3	Meso-Ebene: Religionsgemeinschaften Inputs Sarah Albrecht , Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin: <i>Stiftungsgründung: Eine Chance für die muslimische Zivilgesellschaft in Deutschland?</i> Prof. Dr. Paul Dekker , Universität Tilburg, Niederlande: <i>Religion als Grundlage gesellschaftlichen Engagements: Glaube oder Gemeinschaft?</i> Prof. Dr. Gesine Schwan , Humboldt-Viadrina Governance Platform, Berlin: <i>Risiken und Chancen religiös motivierter Bürgerinitiativen</i> Moderation Prof. Dr. Gunnar Folke Schuppert , Humboldt-Universität zu Berlin
16.00-16.30 Uhr	Kaffeepause
16.30-18.00 Uhr Sektion 4	Makro-Ebene: Nationalstaaten Inputs Botschafter Dr. Emil Brix , Diplomatische Akademie Wien: <i>Die Zivilgesellschaft als Retter des Nationalstaates?</i> Dr. Anna Domaradzka , Universität Warschau: <i>The uncivil civil society? Redefining the space for grassroots activism in Poland</i> Dimitrios P. Droutsas , ehem. Außenminister von Griechenland, Athen: <i>Erfahrungen aus Griechenland und der EU</i> Ebru Tasdemir , taz (die tageszeitung), Berlin Moderation Dr. Marie v. Mallinckrodt , ARD-Hauptstadtstudio, Berlin

<p>18.00-19.00 Uhr</p> <p>Sektion 5</p>	<p>Abschluss und Ausblick</p> <p>Diskussion Rolf Alter, OECD, Paris Prof. Dr. Georg Cremer, Universität Freiburg / ehem. Deutscher Caritasverband Dr. Andrea Walter, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh</p> <p>Moderation Dr. Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin</p>
<p>19.00-21.00 Uhr</p>	<p>Empfang</p>

EUROPA BOTTOM-UP

ARBEITSPAPIERE ZUR EUROPÄISCHEN ZIVILGESELLSCHAFT / EUROPEAN CIVIL SOCIETY WORKING PAPERS

2014

FREE DOWNLOAD AT: WWW.EBU.MAECENATA.EU

Nr. 10 How Political Mobilization Can Still Work on Substantive Issues

Insights from the Scottish Referendum

Jan Eichhorn, Götz Harald Frommholz

2015

Nr. 11 Europe and the Mediterranean 1

Talking, Learning, Working, and Living Together

Udo Steinbach, Rupert Graf Strachwitz, Piero Antonio Rumignani (Eds.)

Nr. 12 Europe and the Mediterranean 2

Talking, Learning, Working, and Living Together

Udo Steinbach, Rupert Graf Strachwitz, Piero Antonio Rumignani (Eds.)

Nr. 13 No Brexit

Why Britain Belongs in the European Union

Rupert Graf Strachwitz

2016

Nr. 14 „Mehr kulturelles Selbstbewusstsein wagen!“

Dankesrede anlässlich der Verleihung des Kulturgrosschen 2016

Wolfgang Thierse

Nr. 15 A Shrinking Space for Civil Society?

A Conference on Civil Society and Europe's Political Culture

A. Domaradzka, N. Kavelashvili, E. Markus, P. Sälhoff, M. Skóra

Nr. 16 Was machen wir mit Europa?

Gedanken zum großen europäischen Projekt nach dem Brexit-Votum

Rupert Graf Strachwitz

2017

Nr. 17 Europe and the Mediterranean 3

Talking, Learning, Working, and Living Together

Costa Carras, Sarah Kassem, Udo Steinbach

Nr. 18 Europe and the Mediterranean 4

Talking, Learning, Working, and Living Together

P. Adam-Veleni, M. Çizakça, V. Costantini, U. Koldaş, F. Richard, B. Thum

Nr. 19 Europe and the Mediterranean 5

Talking, Learning, Working, and Living Together

Y. Bettahar, S. Hamouda, E. Ikonomidou, N. Lafi, D. Stefanakis

Nr. 20 The Changing Space for Civil Society

A Symposium in Berlin on 17th October, 2017

Siri Hummel, Philipp Kreutzer

URN: urn:nbn:de:0168-ss0ar-55079-0

ISSN: 2197-6821